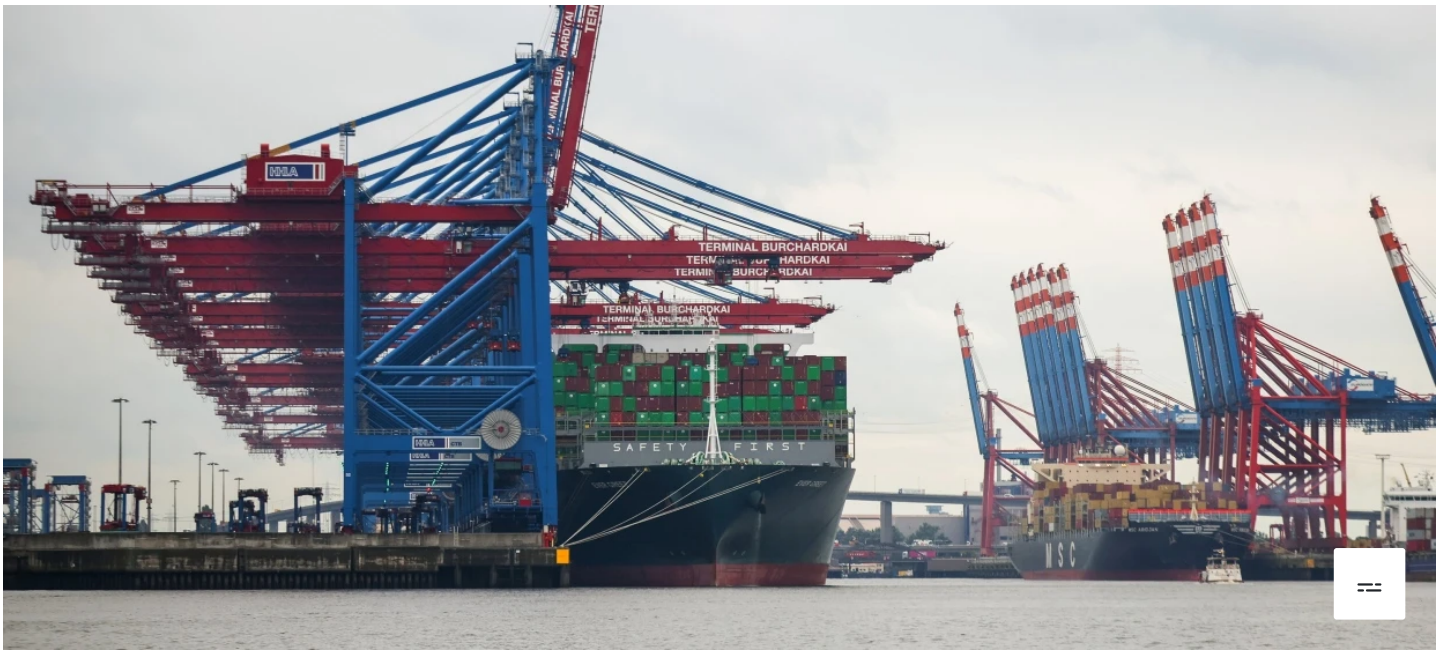
AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

Wie Berlin die Exportnation stärken sollte

GASTBEITRAG **von Stefan Liebing, Andreas Freytag** 11.09.2025, 07:27 Lesezeit: 5 Min.



Deutschland hat es jahrelang vernachlässigt, sich in der Außenwirtschaftspolitik krisenfest aufzustellen. Das war für den einstigen Exportweltmeister ein großer Fehler, kritisieren ein Unternehmensberater und ein Ökonom.

Anhören Merken Teilen Drucken

Die deutsche Politik betrachtet meist die EU als zuständig für Handelspolitik und Zollfragen. Das gilt jedoch nicht für die relevanten, jedoch oft vernachlässigten Themengebiete Außenwirtschaftsförderung und -finanzierung. Beide können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die deutsche Exportwirtschaft zu stärken. Und beide liegen in der Verantwortung der Bundesregierung.

Die Lage der deutschen Wirtschaft macht es dringend notwendig, hier nun

schnell zu handeln und auch unkonventionelle Beschlüsse zu fassen. Die Herausforderungen sind vielfältig: Da ist zunächst die volatile und aggressive Handelspolitik des amerikanischen Präsidenten. Die Europäische Kommission als zuständiger Akteur in der europäischen Handelspolitik hat schnell und recht zielführend auf die Drohungen von Donald Trump reagiert, indem sie Verhandlungen gesucht und so die Reduktion von US-Handelsbarrieren auf die Hälfte der angedrohten 30 Prozent erreicht hat. Ihre Drohung, dass sie über ein ähnlich wirksames und schädliches Instrumentarium verfüge wie die USA und entsprechend reagieren könne, hat sie dabei nicht umgesetzt.

F.A.Z. PRO WELTWIRTSCHAFT-BRIEFING

DONNERSTAGS UM 9 UHR

Erhalten Sie unser Briefing mit allem Wichtigen zu Globalisierung, Sicherheit und Ressourcen.

Abonnieren Vorschau

Daneben liegt eine zweite große Herausforderung für die deutsche Wirtschaft im Wettbewerb mit China. Peking droht, bedingt durch hohe Zölle der USA, die Weltmärkte verstärkt mit ihren Produkten zu beliefern. Das hat Preissenkungen zur Folge und wird Produzenten in anderen Ländern unter verschärften Wettbewerbsdruck setzen. China nutzt die aggressive Herangehensweise der USA klug, um selbst Vertrauen bei seinen Handelspartnern aufzubauen. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat das Land einen bemerkenswerten Schritt zu mehr Freihandel getan. Im Rahmen eines Gipfels zwischen China und den afrikanischen Staaten wurde vereinbart, Einfuhrzölle für afrikanische Produkte vollständig aufzuheben.

Die deutsche Wirtschaft muss sich auf den zu erwartenden Strukturwandel der Weltwirtschaft einstellen. Schon im Jahr 2022 hat die Investmentbank Goldman Sachs eine Studie vorgelegt, wonach Nigeria und Ägypten in 50 Jahren unter den zehn wirtschaftsstärksten Nationen der Welt sein könnten. Beide Länder würden nach der Prognose vor Deutschland liegen, und auch Indonesien, Pakistan und Brasilien könnten künftig in diese Kategorie fallen. Nun sind solch langfristige Vorhersagen mit Vorsicht zu genießen. Sie sollten uns jedoch daran erinnern, dass nicht nur die aktuellen Diskussionen um Zölle, politische Instabilität oder gar Kriege die Prioritäten der deutschen Exportwirtschaft verändern können, sondern auch die intrinsische Entwicklung von Partnerländern.

Es fehlt ein Plan

Eine Erfolg versprechende Außenwirtschaftspolitik hat drei Hebel: Handelspolitik, Außenwirtschaftsförderung und die Instrumente der Außenwirtschaftsfinanzierung. Die multiplen Herausforderungen erfordern gleichzeitiges und koordiniertes Handeln auf allen drei Feldern: Die europäische Ebene ist zuständig für die Abwehr der amerikanischen Aggression und des chinesischen Dumpingrisikos sowie für Handelsabkommen zu anderen Regionen wie Lateinamerika oder dem asiatisch-pazifischen Raum.

Die Bundesregierung dagegen muss sich um die langfristige Pflege zukünftiger Märkte kümmern, und zwar zugleich für Exportgüter, deutsche Auslandsinvestitionen und für den Bezug von Rohstoffen. Berlin könnte die beiden Instrumente Außenwirtschaftsförderung und Außenwirtschaftsfinanzierung wesentlich offensiver einsetzen. Bislang fehlt der Regierung jedoch ein klares Verständnis davon, welche Partnerländer wir aus wirtschaftlichen Gründen künftig enger an uns binden sollten und wie wir Wege für deutsche Unternehmen finden wollen, um potentielle Verluste in den USA und China anderswo wettzumachen. Der Koalitionsvertrag trifft nur allgemeine Aussagen.

Aufbau langfristiger wirtschaftlicher Partnerschaften

Wir schlagen daher folgende Maßnahmen vor: Erstens: Die Bundesregierung muss sich intensiv um den Aufbau langfristiger politischer Partnerschaften mit künftig wichtigen Wirtschaftsmächten kümmern. Dazu gehört eine Definition gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen, die geeignet sind, enge Bindungen und langfristige Kooperationen zu schaffen. Es ist keinesfalls ausreichend, wenn ein deutscher Außen- oder Wirtschaftsminister gelegentlich mit einer Wirtschaftsdelegation solche Länder besucht.

Vielmehr wäre es notwendig, bereits heute mit den zwanzig wichtigsten künftigen Partnerländern regelmäßig hochrangigen politischen Dialog zu führen und die Themen eng mit den Interessen deutscher Unternehmen abzustimmen. Das scheint bislang weder für die Wirtschaftsministerin noch für den Außenminister eine hohe Priorität zu genießen. Die von Goldman Sachs in die Diskussion gebrachte langfristige Perspektive zur Entwicklung internationaler Partnerländer kann dafür eine Grundlage bilden.

Projekte mit hoher strategischer Bedeutung

Zweitens: Deutschland sollte konkrete Projekte mit hoher strategischer Bedeutung identifizieren. Für solche Pilotprojekte, die beispielsweise der Rohstoffversorgung oder dem Klimaschutz dienen können, der Stärkung von Sicherheit und Verteidigung oder auch der Schaffung von überregional bedeutsamer Infrastruktur, wird es Mechanismen der Zusammenarbeit auf politischer Ebene benötigen, wie wir sie bislang eher aus der Entwicklungspolitik kennen. Dort ist es üblich, eine gemeinsame Agenda und Projektlisten zwischen Regierungen zu vereinbaren. Das muss nun auf die wichtigsten wirtschaftlichen Vorhaben ausgeweitet werden. Dazu muss die Bundesregierung jedoch einig sein, welches Ministerium eine solche Auswahl trifft (Außen-, Wirtschafts- oder Entwicklungsministerium) und die Gespräche führt.

Drittens: Wo zu hohe Risiken es den deutschen Unternehmen allein unmöglich machen, solche Vorhaben in relevanten Partnerländern zu finanzieren, benötigt es öffentliche Garantien und Bürgschaften, die sehr gut aus Geldern der Entwicklungszusammenarbeit bestritten werden können. So sollte die Bundesregierung an den Finanzierungsbedingungen für den Außenhandel und für ausländische Direktinvestitionen arbeiten und gerade in solchen Ländern stärker unterstützen, die für eine künftige Zusammenarbeit oben auf der politischen Agenda stehen. Statt direkter Subventionen scheint ein Versicherungsmodell vielversprechend, bei dem Unternehmen gewisse Risiken gegen Zahlung einer Prämie beim Bund absichern können. Hermesbürgschaften bieten dies schon für reine Handelsgeschäfte. Bei Investitionsvorhaben fehlt ein ähnliches Instrument für die Absicherung wirtschaftlicher Risiken.

Afrikanische Länder wichtiger nehmen

Viertens: Zudem sollte die Bundesregierung den afrikanischen Kontinent wesentlich ernster nehmen als bisher. Auch wenn viele Länder noch keine wirtschaftlichen Schwergewichte darstellen, so kann sich das in den kommenden Jahren ändern. Schon heute liegen 13 der 20 am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften in Afrika. Einige dieser Märkte werden künftig für die deutsche Exportwirtschaft eine große Rolle spielen. Das muss bereits heute vorbereitet werden. Gemeinsam mit der EU sollte die Bundesregierung an einer Freihandelszone zwischen der EU und der afrikanischen Freihandelszone (African Continental Free Trade Area –

AfCFTA) arbeiten. In Kombination mit den anderen Maßnahmen und den EU-Initiativen zu bilateralem Freihandel stärkt dies die deutsche Industrie und sichert langfristig Arbeitsplätze.

MEHR ZUM THEMA

EXPORTNATION
Deutschlands Defizit bei Dienstleistungen wird zum Risiko

VORABDRUCK
Acht Thesen, wie deutsche Unternehmen die neue Weltordnung meistern

KOALITIONSGESPRÄCHE
So ließe sich der deutsche Außenhandel stärken

Angesichts der Herausforderungen in den traditionellen Exportmärkten benötigt Deutschland eine Neudefinition seiner Entwicklungs- und eine strategische Ausrichtung seiner nationalen Außenwirtschaftspolitik. Das ist aktuell ebenso wichtig wie handelspolitische „Deals“. Die Bundesregierung hat auf diesem Gebiet Handlungsspielraum, den sie nutzen sollte. Notwendig dafür sind auch neue staatliche Finanzierungsinstrumente. Ein solch grundlegend neuer Politikansatz sollte nach der Sommerpause höchste Priorität bekommen. Die notwendige Neuausrichtung geht nur mit politischer Führung von ganz oben.

Prof. Dr. Stefan Liebing
Stefan Liebing ist Geschäftsführer der Conjuncta GmbH, einer Gesellschaft für Projektentwicklung und Investments, die Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte unterstützt. Er lehrt außerdem als Honorarprofessor an der Hochschule Flensburg.
Bild: Daniela Möllenhoff

Prof. Dr. Andreas Freytag
Andreas Freytag hält den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, ist Honorarprofessor an der Universität Stellenbosch und Visiting Professor am Institute for International Trade der Universität Adelaide.
Bild: Günther

Quelle: FAZ.NET Artikelrechte erwerben

Zur Startseite

Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2025
Alle Rechte vorbehalten.